

Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid

am 19.06.2023

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Mert Can Cetin

Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou

Ratsherr Michael Dregger

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Dr. Antje Heider

Ratsherr Daniel Kahler

Ratsherr Lucas Karich

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Michael Meyer

Ratsherr Björn Schöttler

Ratsherr Ralf Schwarzkopf MdL

Ratsfrau Elisabeth Siebensohn

Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting

Ratsherr Christoph Weiland

Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Manuel Bunge

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsherr Jan Eggermann

Ratsherr Fabian Ferber
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke
Ratsherr Dominik Hass
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Ratsherr Steffen Kriegel
Ratsherr Thomas Kruber
Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

anwesend ab 17:10 Uhr

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Julia Decker
Ratsherr Andreas Stach
Ratsfrau Tanja Tschöke

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball
Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Dominik Petereit

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Otto Ersching
Ratsherr Josef Filippek

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Claudius Bartsch

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler
Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus
Herr Frank Kusmirtz
Herr Marcus Müller
Herr Matthias Reuver
Frau Petra Noack
Frau Claudia Stelse
Frau Heike Müller-Bärwolf
Frau Ricarda Nebeling

Frau Anika Schütte

anwesend bis einschließlich
Tagesordnungspunkt 13 der
öffentlichen Sitzung

Frau Britta Vogelsang

anwesend bis einschließlich
Tagesordnungspunkt 13 der
öffentlichen Sitzung

Frau Sandra Haarmann

anwesend bis einschließlich
Tagesordnungspunkt 10 der
öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der CDU-Fraktion

Ratsfrau Ursula Meyer

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Michael Thielicke

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsfrau Ilona Bartocha

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase

Ratsherr Peter Oettinghaus

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 19:29 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Berichts- und Beschlusskontrolle

Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt die Übersichten zur Kenntnis.

3. Aktuelle Berichterstattung zur Sperrung A45 und ihre Folgen

Bürgermeister Wagemeyer berichtet, dass seit einer Woche das Lkw-Durchfahrtsverbot greifen würde. Ein Fazit könne nach dieser kurzen Zeit noch nicht gezogen werden. Eine deutliche Reduzierung des Verkehrsaufkommens sei aber erkennbar. Dies würden auch die veröffentlichten Zahlen der Polizei widerspiegeln. Belastbare Zahlen würden auch im Hinblick

auf eine Verringerung des Verkehrs in den anstehenden Sommerferien erst in ein paar Wochen vorliegen.

Die Rückmeldungen aus den umliegenden Städten und Gemeinden seien unterschiedlich. So hätte sich bei den Kommunen, die unmittelbar von der Sperrung der B54 betroffen seien, der Verkehr ebenfalls reduziert. In den Städten Kierspe und Breckerfeld hätte sich das Verkehrsaufkommen erhöht.

Eine entsprechende Berichterstattung über die erfassten und abgeglichenen Daten/Zahlen würde in der Ratssitzung am 21.08.2023 erfolgen.

Des Weiteren berichtet er, dass die Altenaer Straße zehn Tage vor dem geplanten Termin wieder freigegeben worden sei. Weite Teile der gesprengten Brücke seien bereits abgetragen worden. Die Bauarbeiten gingen entsprechend voran.

Auch sei im Sommer ein weiteres Spitzengespräch in Präsenz geplant. Der Termin würde zurzeit noch abgestimmt. Er ginge davon aus, dass sich das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) und die Autobahn GmbH in diesem Gespräch dezidiert zur Vergabe hinsichtlich Planung und Neubau der Brücke äußern würden.

Darüber hinaus wolle er sich bei Polizei sowie bei den eingesetzten Mitarbeitenden vom Fachdienst Recht, öffentliche Sicherheit und Ordnung für ihren Einsatz bedanken. Ein Dankeschön gelte auch den Mitarbeitenden des Fachdienst Bauservice, die intensiv mit der Ausstellung der Ausnahmegenehmigungen beschäftigt seien.

Ratsherr Dudas erkundigt sich, ob weiterhin eine dauerhafte Kontrolle durch die Polizei in der jetzigen Besetzung durchgeführt würde oder ob davon auszugehen sei, dass nach einem bestimmten Zeitraum weniger oder gar keine Kontrollen mehr erfolgen würden.

Bürgermeister Wagemeyer teilt hierzu mit, dass ihm noch keine näheren Informationen vorliegen würden. Er sei sich aber sicher, dass auch nach Ablauf der vier Wochen Kontrollen stattfinden würden. Diese könnten aber sicherlich nicht mehr mit dem täglichen Einsatz von 200 Polizeikräften durchgeführt werden.

Ratsherr Ersching informiert, dass laut einem Anwohner in der Straße Im Grund in diesem Jahr erst zwei Mal die Geschwindigkeiten gemessen worden seien und zwar am 09.01.2023 durch ein Fahrzeug in der Zeit von ca. 9:30 Uhr bis ca. 13:30 Uhr sowie in der Zeit vom 13.01.2023 bis 25.01.2023 durch den Trailer.

Insbesondere in der Nacht würde laut den Anwohner*innen die 30 km/h nicht eingehalten. Sie würden daher begrüßen, wenn in der Straße Im Grund erneut Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt würden.

Bürgermeister Wagemeyer sagt eine entsprechende Aufnahme dieses Punktes zu.

4. Vorstellung der Vorentwurfsplanung zum Stadtgarten durch die Firma Greenbox

Bürgermeister Wagemeyer begrüßt zu diesen Tagesordnungspunkt Frau Rösner und Frau Binzinger von der GREENBOX Landschaftsarchitekten Partnerschaftsgesellschaft mbB.

Frau Rösner stellt zunächst den aktuellen Planungsstand für den Stadtgarten vor.

Im Anschluss informiert Frau Binzinger zu den Kosten sowie zu der Terminvorschau.

Die entsprechende Präsentation wurde in **das Bürger- und Ratsinformationssystem** eingestellt und ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

In der sich anschließenden Aussprache teilt unter anderem Erster Bürgermeister Weiß mit, dass er in der soeben vorgestellten Übersicht die Kosten für eine Toilettenanlage vermissen würde.

Bei der ersten Bürgerbeteiligung sei von allen Seiten der Wunsch nach einer solchen Anlage geäußert worden. Er erkundigt sich, wie hier der Sachstand sei.

Frau Rösner informiert, dass dieser Punkt auch nach der Bürgerbeteiligung aufgenommen und besprochen worden sei. Im Ergebnis sei festzuhalten, dass eine Toilettenanlage nicht im Rahmen der Außenanlage geplant werden solle und dieses Thema stadintern zu behandeln sei.

Im Anschluss teilt Ratsherr Fröhling zunächst mit, dass er sich für das Thema „Toilettenanlage“ eine andere Lösung als eine stadinterne Klärung gewünscht hätte.

Des Weiteren hätte er zwei Fragen zu den Ausführungen von Frau Rösner. Zum einen wolle er wissen, ob es sich bei der vorgestellten Pflasterung um Ökopflasterung handeln würde und zum anderen, ob die geplanten Bänke und Liegen möglichst vandalismussicher seien. Frau Rösner antwortet, dass man sich in Abstimmung mit dem Werksleiter des STL sowie der SELH AöR gegen eine Ökopflasterung entschieden hätte.

Bei den gezeigten Bänken und Liegen handele es sich um Referenzbilder.

Die Ausstattung für den Stadtgarten würde noch in einem weiteren Termin festgelegt. Das Thema Vandalismus würde berücksichtigt.

Ratsfrau Tschöke erkundigt sich, was von den Anregungen sowie auch von den Kritikpunkten aus der ersten Bürgerbeteiligung bei den Planungen berücksichtigt worden sei. Darüber hinaus hätten viele Anwohner*innen bei der Bürgerbeteiligung ihre Sorge geäußert, dass ein Pumptrack im nördlichen Teil des geplanten Stadtgartens installiert werden solle, da es sich hier um ein Wohngebiet handeln würde. Hier würde sie interessieren, warum die Planungen trotz der Bedenken weiterhin im nördlichen Teil vorgesehen würden.

Frau Rösner teilt zu der ersten Frage mit, dass sich unter anderem die Liegewiese deutlich verändert hätte. Auch sei der Spielbereich verlagert und es seien diverse Sitzangebote aufgenommen worden.

Zu der Lärmentwicklung im nördlichen Teil fänden zurzeit noch Gespräche statt. Hier gebe es mehrere Möglichkeiten, zum Beispiel eine ordnungsrechtliche Beschränkung der Anlage oder ein entsprechendes Beleuchtungskonzept für die Anlage.

Ratsherr Dudas weist auf einen regenaufnehmenden Asphalt namens Topmix Concrete hin. Dieser könne bis zu 3.300 Liter pro Minute aufnehmen. Er bäte um Prüfung, ob dies für den Stadtgarten in Frage käme.

Ratsherr Voß erkundigt sich, ob sich die angedachte Ausstellung von Kunstwerken im öffentlichen Raum im Bereich der Liegewiese ansiedeln würde. Des Weiteren würde ihn interessieren, ob der Bereich um das Haus der Vereine auch neugestaltet würde.

Abschließend stelle er die Frage, ob das Thema „Öffentliche Toiletten“ seitens der Verwaltung generell aufgegriffen würde und ob in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit einer Toilettenanlage im Bereich des Stadtgartens diskutiert werden würde.

Frau Rösner teilt mit, dass Kunstobjekte im Bereich der Liegewiese vorgesehen seien. Hierbei käme es aber auch auf die Art der Kunstobjekte an.

Das Haus der Vereine würde stärker in die Parkanlage miteingebunden. Die dort vorhandene Hecke würde entfernt.

Fachbereichsleiter Müller weist im Hinblick auf die Toilettenanlage auf die bereits jetzt vorhandenen Kosten für die Gestaltung des Stadtgartens hin. Wünschenswert wäre die Nutzung einer bereits vorhandenen WC-Anlage, zum Beispiel im Haus der Vereine oder ggf. in einem neueröffneten Gastronomiebetrieb im Kulturhaus.

Er persönlich sehe aber keine neuinstallierte Toilettenanlage im Park. Beim Stadtgarten handele es sich um eine überschaubare Fläche. So sei zum Beispiel auch auf eine Bühne verzichtet worden, da eine solche bereits im naheliegenden Rosengarten vorhanden sei.

Die Verwaltung würde aber an einer Lösung hinsichtlich der Möglichkeit der Mitnutzung einer bereits vorhandenen Toilettenanlage arbeiten.

Erster Stellvertretender Bürgermeister Weiß bezieht sich auf die bereits vorhandenen Kunstwerke im Stadtgarten und erkundigt sich, ob geplant sei, diese zu versetzen. Falls ja, ob diese in den geplanten Kosten bereits enthalten seien.

Frau Rösner teilt mit, dass hierzu zurzeit eine Abstimmung zwischen den Erben der Künstler und Frau Dr. Conzen erfolgen würde. Die Kosten für eventuelle Versetzungen seien bereits berücksichtigt worden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Wagemeyer bei Frau Rösner und Frau Binzinger für die Präsentation.

**5. Bewilligung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2023 - Integriertes Handlungskonzept Altstadt
hier: Genehmigung einer Eilentscheidung
Vorlage: 107/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei drei Gegenstimmen der FDP-Fraktion folgenden

Beschluss:

Gemäß § 60 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen wird die nachstehende vom Haupt- und Finanzausschuss am 10.05.2023 gefasste Eilentscheidung genehmigt:

1. Bei Auftragssachkonto H 09010633 – 7852000 – Umbau Altstadt – Karussellplatz, 2. Förderbescheid werden überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 € bewilligt. Die Deckung kann durch Einsparungen bei Auftragssachkonto K 12010406 – 7852000 – An der Mehr – erfolgen.
2. Bei Auftragssachkonto H 09010632 – 7852000 – Umbau Altstadt – Untere Wilhelmstraße, 2. Förderbescheid werden überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 350.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei den folgenden Auftragssachkonten

O 12010405 – 7852000 – Wibschla – in Höhe von 202.000 €
H 09010634 – 7852000 – Planungskosten 2. BA. – in Höhe von 78.000 € sowie
K 12010406 – 7852000 – An der Mehr – in Höhe von 70.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 3

**6. Erste Änderung des Stellenplans 2023
Vorlage: 108/2023**

Bürgermeister Wagemeyer weist zunächst auf folgenden redaktionellen Fehler im 1. Satz der Begründung hin: Hier sei versehentlich aufgeführt: In der Ratssitzung vom 12.12.2023 wurde der Stellenplan beschlossen. Richtig sei der 12.12.2022

Nach kurzer Aussprache fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid bei einer Stimmenhaltung des Ratsherrn Bartsch folgenden

Beschluss:

Die in der Anlage dargestellten Änderungen des Stellenplans 2023 werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Enthaltungen: 1

**7. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2024
Vorlage: 110/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Zum Ausbildungsbeginn im Jahr 2024 werden folgende Ausbildungsplätze bereitgestellt:

Stadtinspektoranwärter*innen (Bachelor of Laws (Laufbahngr. 2.1))	9 Plätze
Verwaltungsfachangestellte	8 Plätze
Notfallsanitäter*innen	14 Plätze
Brandmeisteranwärter*innen	8 Plätze
Stadtbauoberinspektoranwärter*in (Laufbahngr. 2.1)	2 Plätze
Erzieher/innen in der praxisintegrierten Ausbildung (PIA)	5 Plätze

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**8. Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Amtsperiode vom 01.01.2024 bis 31.12.2028
Vorlage: 118/2023**

Die Ratsherren Appelt und Ersching sind befangen und nehmen an der Abstimmung nicht teil.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachfolgenden

Beschluss:

Zur Wahl für das Schöffenamts für die Amtsperiode vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2028, werden dem Amtsgericht Lüdenscheid die in der beigefügten Aufstellung genannten Personen vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
befangen: 2

**9. Bauliche Lösung für die Grundschule Lösenbach am Standort Schubertstraße
Vorlage: 126/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um das Schulgebäude der Grundschule Lösenbach an der Schubertstraße entsprechend der in der Schulausschusssitzung am 16.05.2023 vorgestellten und in der Begründung dieser Vorlage erläuterten Machbarkeitsstudie „Vollabriss und Neubau“ abzureißen und durch einen Neubau zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**10. Aufbau und Betrieb des Bildungszentrums "TUMO +lernfab." Lüdenscheid
Vorlage: 119/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei drei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE. und des Ratsherrn Bartsch folgenden

Beschluss:

1. Der Rat befürwortet in Kenntnis der in der Begründung dargestellten Risiken das Projekt „Aufbau eines TUMO +lernfab. Bildungszentrums in Lüdenscheid“ gemäß dem Haushaltsbeschluss des Bundes aus 11/2022 und dessen Betrieb mindestens für den Förderzeitraum bis 2027 sicherzustellen, vorbehaltlich des noch ausstehenden Zuwendungsbescheides.
2. Zur Umsetzung des Projektes wird die Gründung einer gemeinnützigen GmbH, der TUMO+ gGmbH, auf der Grundlage des beigefügten Entwurfs der Satzung beschlossen. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass die Kommunalaufsicht im Rahmen des Anzeigeverfahrens keine kommunalrechtlichen Bedenken äußert und die Gemeinnützigkeit der GmbH durch das zuständige Finanzamt anerkannt wird. Eventuell noch erforderliche Anpassungen sind auf geringfügige – insbesondere redaktionelle – Änderungen bzw. Ergänzungen oder auf Vorgaben der Kommunalaufsicht, des Registergerichts, der Urkundsperson sowie der Finanzbehörde beschränkt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gründung der TUMO+ gGmbH gegenüber der zuständigen Kommunalaufsicht gem. § 115 GO NRW anzuzeigen.
4. Der Rat beschließt, die gGmbH mit einem Stammkapital in Höhe von 25.000,00 Euro und einer Kapitalrücklage in Höhe von 75.000,00 Euro auszustatten.
5. Die Stammkapitaleinlage erfolgt durch die im Produkt 09.01.07 Regionale 2025 bereitgestellten Haushaltsmittel. Bei Produkt 09.01.07 Regionale 2025 werden überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 75.000 Euro für die Bildung einer Kapitalrücklage für die zu gründende gGmbH bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge bei Produktsachkonto 16.01.01 – 4617000/6617000 – Zinsen von Kreditinstituten –.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorübergehende (Förderzeitraum) Zuweisung der Mitarbeiterinnen der Stabsstelle Regionale Büro an die gGmbH vorzubereiten und nach erfolgter Gründung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 3

11. Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Organen der TUMO+ gGmbH Vorlage: 113/2023

Bürgermeister Wagemeyer weist darauf hin, dass zu diesem Beschlussvorschlag gemeinsame Listen der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bzw. der CDU und SPD je Gremium vorliegen würden. Die Liste für den Aufsichtsrat entspräche einer Besetzung, die sich auch bei Anwendung des Hare-Niemeyer-Verfahrens ergeben würde.

Im Anschluss fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid bei einer Gegenstimme des Ratsherrn Bartsch folgenden

Beschluss:

A) Aufsichtsrat

Als Vertreter/innen der Stadt Lüdenscheid werden in den Aufsichtsrat der TUMO+ gGmbH für die verbleibende Dauer der Legislaturperiode des Rates bestellt:

1. Herr Sven Haarhaus (=Pflichtplatz BM)
2. RH Björn Schöttler
3. RF Anja Taddy-Schlichting
4. SB Barbara Scheidtweiler
5. SB Lenia Sommer
6. RH Jens Holzrichter
7. SB Sören Miossec

B) Gesellschafterversammlung

Als Vertreter/innen der Stadt Lüdenscheid für die Teilnahme an Gesellschafterversammlungen der TUMO+ gGmbH für die verbleibende Dauer der Legislaturperiode des Rates werden benannt:

Für die ungeraden Kalenderjahre ab 2023:

RH Lucas Karich	Stellvertreterin: RF Verena Szermerski-Kasperek
-----------------	---

Für die geraden Kalenderjahre ab 2024:

RF Verena Szermerski-Kasperek	Stellvertreter: RH Lucas Karich
-------------------------------	---------------------------------

C) Allgemeine Anweisungen

Folgende allgemeine Anweisungen werden beschlossen:

1. Anweisung zur Ausübung des Stimmrechts

Der/die jeweils stimmberechtigte Vertreter/in in der Gesellschafterversammlung der TUMO+ gGmbH wird angewiesen, den Beschlussvorschlägen der Gesellschaft zuzustimmen, sofern keine anderslautenden expliziten Ratsbeschlüsse dazu gefasst werden. Weicht die Vertretung ohne weiteren Ratsbeschluss von den Beschlussvorschlägen ab, ist dies dem Bürgermeister bzw. seiner Vertretung im Amt unter Angabe von Gründen umgehend zur Kenntnis zu geben.

2. Anweisung für besondere Vertretungsfälle

Sollten bei der Gesellschafterversammlung der TUMO+ gGmbH ausnahmsweise sowohl der/die benannte Vertreter/in als auch der/die Stellvertreter/in verhindert oder noch nicht benannt sein, so wird der Bürgermeister bzw. seine Vertretung im Amt oder ein/e von Bürgermeister bzw. seiner Vertretung im Amt Beauftragte/r mit der Vertretung beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 1

12. Antrag der SPD-Fraktion; Prüfung von vier Maßnahmen zur Förderung des Fahrradverkehrs

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beauftragt die Stadtverwaltung zu prüfen, den Fahrradverkehr durch nachfolgende Maßnahmen zu fördern:

- Fahrradfahren erlauben entgegen dem Einbahnstraßenverkehr in der Gartenstraße von der Sauerfelder Straße aus
- Fahrradfahren erlauben entgegen dem Einbahnstraßenverkehr in der Philipstraße von der Freiherr-vom-Stein-Straße aus
- Fahrradfahren erlauben entgegen dem Einbahnstraßenverkehr in der Straße „Im Hasley“ von der Talstraße aus
- Fahrradfahren erlauben auf dem Weg von der Hohfuhstraße hinter dem Waldorf-kindergarten her zum Spielplatz und weiter zur Friedrich-Wilhelm-Straße

Das Ergebnis der Prüfung wird in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 30. August 2023 vorgestellt. Bei positiver Prüfung wird ebenfalls dargestellt, welche Kosten für die Umsetzung der Maßnahmen entstehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

13. Antrag der SPD-Fraktion; Verbesserung der Nutzung der Bürgersteige im Stadtteil Hasley

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beauftragt die Stadtverwaltung, die Kosten zu ermitteln, die entstehen, wenn die Bürgersteige

- an der Kreuzung Gartenstraße / Hasleystraße,
- am Einmündungsbereich von Hasleystraße / Lindenau / Am Schmidt'schen Kamp/ Am Gartenhang
- an den Einmündung Philippstraße / Hasleystraße
- an der Einmündung Hasleystraße / Im Hasley / In der Landwehr
- an der Einmündung In der Landwehr / Freiherr-vom-Stein-Straße

so abgesenkt werden, dass sie problemlos mit (motorisierten) Rollstühlen oder adäquaten Fortbewegungsmitteln für mobilitätseingeschränkte Menschen und Kinderwagen passiert werden können.

Das Ergebnis der Prüfung wird in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 30. August 2023 vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

14. Stabilisierung des Lüdenscheider Wochenmarktes Vorlage: 111/2023

Ratsherr Voß teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag aufgrund der Einigung zwischen den Wochenmarkthändler*innen und der Verwaltung zustimmen würde. Des Weiteren bezieht er sich auf folgende Absätze in der Begründung:

- *Auf Grund der aktuell vielfältigen Einflüsse auf den Wochenmarkt sind gegenwärtig keine Alternativen ersichtlich, die einerseits einer Stabilisierung des Wochenmarktes und andererseits einer langfristig wirtschaftlich tragfähigen und stadtentwicklungsseitig sinnvollen Wochenmarktgestaltung dienen.*

Dies würde sich lesen, als ob man sich mit der jetzigen Situation abgefunden hätte.

- *Das Ordnungsamt zusammen mit der Wirtschaftsförderung und der LSM denkt über eine strategische Neuausrichtung des Wochenmarktes nach, die am Sortiment beginnt und mit Werbemaßnahmen nicht endet. Hierbei wird auch weiterhin die IG Wochenmarkt eingebunden.*

Hier hätte er sich gewünscht, dass das Ordnungsamt zusammen mit der Wirtschaftsförderung und der LSM eine strategische Neuausrichtung des Wochenmarktes erarbeiten und nicht nur darüber nachdenken würde.

Eine attraktivere Gestaltung des Wochenmarktes müsse zeitnah erfolgen.

Erster Beigeordneter Kessler weist im Anschluss darauf hin, dass die Stoßrichtung der von Ratsherrn Voß kritisierten Absätze eine andere sei. Mit der heutigen Zustimmung des Rates würde eine Grundlage gelegt, damit das Denken und auch die Gespräche eine Basis hätten, die auf eine Stabilisierung und Entwicklung sowie auf einen Veränderungspfad ausgerichtet seien.

Im Anschluss fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Rat beschließt bei gleichzeitiger Aufhebung des abweichenden Ratsbeschlusses vom 27.02.2023 zur Beschlussvorlage 013/2023 die erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Wochenmarktgebühren in der Stadt Lüdenscheid vom 15.12.2021 in der als Anlage beigefügten Fassung.
2. Es wird auf den verbleibenden Verlustvortrag aus dem Jahr 2019 in Höhe von 4.559,10 € verzichtet.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der gebührenrechtlichen Möglichkeiten eine Stabilisierung der Gebühr auf 3,50 € bis zur Aufhebung der Sperrung der A45 zwischen den Anschlussstellen Lüdenscheid-Mitte und Lüdenscheid-Nord anzustreben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Ratsherr Petereit ist bei der Abstimmung abwesend.

15. Gewerbesteueraufkommen des Jahres 2022 Vorlage: 040/2023

Der Bericht über das Gewerbesteueraufkommen im Jahr 2022 in der Stadt Lüdenscheid wird zur Kenntnis genommen.

16. Ergebnisse der Stadtklimaanalyse Vorlage: 069/2023

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass zu diesem Tagesordnungspunkt am 18.06.2023 eine gemeinsame Anfrage des Ratsherrn Bartsch und der Fraktion DIE LINKE. eingegangen sei.

Eine vollständige Beantwortung durch den zuständigen Fachbereichsleiter könne aufgrund der Kurzfristigkeit in der heutigen Sitzung nicht erfolgen.

Ratsherr Bartsch erwidert, dass er eine Beantwortung der Anfrage in der heutigen Sitzung auch nicht erwartet hätte.

Im Anschluss sagt Fachbereichsleiter Müller eine Beantwortung zu.

Er weise in diesem Zusammenhang aber ergänzend auf die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 03.05.2023 hin, in der bereits der Vortrag bzw. die Präsentation zum Thema Stadtklimaanalyse durch die GEO-NET Umweltconsulting GmbH erfolgt sei.

Ebenfalls sei der Beschlussvorlage „Ergebnisse der Stadtklimaanalyse“ als Anlage die Planhinweiskarte angefügt. Auf dieser seien die Ergebnisse entsprechend abgebildet. Mit den zuständigen Fachdiensten seien gemeinsame Workshops mit GEO-NET geplant. Bei zukünftigen Bauvorhaben sei die Planhinweiskarte zu berücksichtigen.

Eine Zusammenfassung würde derzeit noch erstellt und an die Politik weitergeleitet.

Die Bereitstellung der Karte für die Öffentlichkeit würde erfolgen, sobald die Verwaltung mit der Handhabung der Planhinweiskarte vertraut gemacht worden sei.

Die Erstellung der Stadtklimaanalyse durch einen externen Dienstleister sei erforderlich gewesen, da die Stadt Lüdenscheid derzeit nur eine Klimaschutzbeauftragte hätte.

Auch gäbe es die Expertise, die ein Unternehmen wie GEO-Net hätte, bei der Verwaltung nicht.

Nach weiterer Erörterung fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, Haupt- und Finanzausschuss sowie der Rat der Stadt Lüdenscheid nehmen die Ergebnisse der Stadtklimaanalyse in Form der Planungshinweiskarte und den dort ausgeführten Bewertungen der einzelnen Flächen zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz sowie der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen und der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt, die Planungshinweiskarte und die zur Erstellung dieser modellierten Klimaanalysekarten (Tag- sowie Nachtsituation) in städtische Planungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung als wichtiges Instrument der Klimawandel- und Gesundheitsvorsorge einzubinden.
Gleichzeitig dient die Stadtklimaanalyse als ergänzendes Instrument zur Umsetzung der Maßnahmen aus der Nachhaltigkeitsstrategie sowie dem Aktionsprogramm Klimaschutz.
3. Es wird angedacht, federführend durch den Fachdienst 67, eine Fortschreibung oder Neuauflage der Stadtklimaanalyse alle 5 – 10 Jahre anzustreben und entsprechend extern zu vergeben. Dazu sind rechtzeitig ausreichend finanzielle Mittel in die jeweilige Haushaltsplanberatung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Ratsfrau Kasperek ist bei der Abstimmung abwesend.

**17. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Jahresergebnisses des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL) für das Jahr 2022
Vorlage: 079/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid zum 31.12.2022 sowie der Lagebericht werden in der vorgelegten Form mit einer Bilanzsumme von 7.550.802,81 Euro und einem Jahresüberschuss von 527.911,55 Euro festgestellt.
2. Die Werkleitung schlägt dem Werksausschuss vor, den Jahresüberschuss von 527.911,55 Euro wie folgt zu verwenden:
 - 487.742,93 € aus den hoheitlichen Betriebsbereichen sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden.
 - 40.168,62 € aus den gewerblichen Betriebsbereichen (BgA) sollen in eine entsprechende Rücklage eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**18. 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2023 des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL)
Vorlage: 084/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Investitionsplan des Wirtschaftsplans 2023 ist nachträglich um 1.384 T€ zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**19. Entlastung des Werksausschusses für den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) für das Jahr 2022
Vorlage: 082/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachfolgenden

Beschluss:

Den Mitgliedern des Werksausschusses für den Stadtreinigungs-, Transport und Baubetrieb Lüdenscheid wird für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**20. Bebauungsplan Nr. 719 "Freisenberg", 13. Änderung - beschleunigtes Verfahren nach § 13 a BauGB; Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen und Anregungen; Satzungsbeschluss
Vorlage: 058/2023**

Vor Eintritt in die Beratung macht Bürgermeister Wagemeyer darauf aufmerksam, dass der Plan zur Einsichtnahme im Sitzungssaal aushängen würde. Ferner verweise er auf die Befangenheitsvorschriften des § 31 in Verbindung mit § 43 (2) GO NRW und bäte um Beachtung.

Im Anschluss fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig nachfolgenden

Beschluss:

- I. Zu den während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) zum Bebauungsplan Nr. 719 "Freisenberg", 13. Änderung abgegebenen Stellungnahmen, Anregungen und Hinweisen wird wie folgt Stellung genommen:

1. Schreiben der Enervie

Die Enervie gibt in der Stellungnahme vom 20.02.2023 den Hinweis, dass sich im

Tietmecker Weg zahlreiche Versorgungsleitungen bzw. -anlagen befinden, die zu sichern sind.

Stellungnahme:

Der Hinweis wurde an den Fachdienst 80 Liegenschaften weitergeleitet. Das Leitungsrecht wird in den Kaufvertrag aufgenommen.

2. Schreiben des Märkischen Kreises Fachdienst 44

Der Märkische Kreis weist in seiner Stellungnahme vom 20.02.2023 auf den Altstandort Nr. 00/0316 in der Nähe des Geltungsbereichs der 13. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 719 hin. Der Altstandort wurde 2015 nutzungsbezogen saniert. Der Märkische Kreis bittet um die Ergänzung eines Hinweises zum Altstandort in der Begründung.

Stellungnahme:

Der Hinweis auf den Altstandort wurde entsprechend der Anregung des Märkischen Kreises in die Begründung aufgenommen.

3. Schreiben des Fachdienstes 37 Feuerwehr

Die Feuerwehr weist darauf hin, dass die Löschwasserversorgung, die sich bis dato in der öffentlichen Straßenverkehrsfläche befindet, weiterhin sichergestellt werden muss. Weiter dient die öffentliche Verkehrsfläche als Zufahrt zu den bauordnungsrechtlich erforderlichen Feuerwehrezufahrten und muss weiter zur Anfahrbarkeit verfügbar bleiben.

Stellungnahme:

Die Hinweise der Feuerwehr sind nicht Gegenstand des Bauleitplanverfahrens und werden bei einer möglichen zukünftigen Bebauung im Baugenehmigungsverfahren berücksichtigt.

4. Schreiben des Stadtentwässerungsbetriebes Lüdenscheid Herscheid AöR

a) Der Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR (SELH) weist in seinem Schreiben vom 07.02.2023 daraufhin, dass der neue Grundstückseigentümer die öffentliche Abwasseranlage zum Restbuchwert von der SELH AöR abzukaufen hat. Weiter ist die Eintragung eines Kanalrechts für die Kanäle ab Schacht Nummer 51243 und 51238 auf dem Flurstück 862 erforderlich.

Stellungnahme:

Der Betrieb Seuster KG wurde vor der Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplanes über die Verpflichtung zur Übernahme der Abwasseranlage unterrichtet.

b) Bedenken werden gegen die Lage der Baugrenze in westlicher Richtung zur Straße „Kerkhagen“ geäußert. Um eine Überbauung der Endschächte 51243 und 51238 auszuschließen, ist ein Abstand der Baugrenze von 6,00 m von der Grundstücksgrenze erforderlich an.

Stellungnahme:

Eine Verlagerung der Baugrenze auf sechs Meter von der Grundstücksgrenze sieht der Fachdienst 61 als nicht erforderlich. Zu einem ist die Gefahr der Überbauung der Endschächte gering, da die einzige Zufahrt zum Betriebsgrundstück lediglich über diese Anbindung an die Straßenverkehrsfläche „Kerkhagen“ gegeben ist. Zum

anderen würde eine Verlagerung der Baugrenze um weitere drei Meter in das Flurstück 862 hinein eine mögliche Überbauung der restlichen Abwasseranlage samt anderen Kanalschächten nicht ausschließen. Bei einer Überbauung der ehemaligen Straßenfläche „Tietmecker Weg“ wäre es möglich die Abwasseranlage, die sich dann im Besitz des ansässigen Betriebes befindet, auf Kosten des Betriebes an die neuen Erfordernisse anzupassen.

5. Stellungnahmen, Anregungen und Hinweise aus der Öffentlichkeit

Stellungnahmen, Anregungen und Hinweise aus der Öffentlichkeit wurden während der öffentlichen Auslegung nicht abgegebenen.

- II. Gemäß § 2 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6) geändert worden ist, wird der Bebauungsplan Nr. 719 "Freisenberg", 13. Änderung vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung und die dazugehörige Begründung beschlossen.
- III. Der Bebauungsplan Nr. 719 "Freisenberg", 13. Änderung wird am Tage nach der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses des Rates der Stadt Lüdenscheid sowie von Ort und Zeit der öffentlichen Einsichtnahme rechtsverbindlich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

21. Entgelt für die Mittagmahlzeiten in städtischen Kindertageseinrichtungen Vorlage: 073/2023

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Entgelt für das Mittagessen in städtischen Kindertageseinrichtungen im Kindergartenjahr 2023/2024 wird auf 4,13 € pro Portion festgesetzt; dies entspricht einem Monatsbetrag von 78,47 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Ratsherr Hass ist bei der Abstimmung abwesend.

22. Deutschlandticket für Schülerinnen und Schüler der Schulen in Trägerschaft der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 129/2023

Ratsherr Fröhling berichtet, dass er darauf hingewiesen worden sei, dass einige Eltern jetzt für das Deutschlandticket wesentlich mehr als bisher für das normale Schülerbeförderungsticket bezahlen müssten. Er erkundigt sich, ob dies richtig sei.

Fachbereichsleiter Reuver erwidert, dass dies nicht auf die öffentlichen Schulen zutreffen würde. Gegebenenfalls könne dies bei den freien Schulen (freie Trägerschaften) der Fall sein.

Im Anschluss ergibt sich eine kurze Aussprache, in der sich unter anderem Ratsherr Holzrichter erkundigt, ob die Stadt Lüdenscheid ausgerechnet hätte, was sie es als Arbeitgeberin kosten würde, ihren Mitarbeiter*innen ein Deutschland- bzw. Jobticket zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Wagemeyer sagt zu, diese Frage aufzunehmen und entsprechend zu prüfen.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Stadt Lüdenscheid beschließt das Deutschlandticket für alle anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schülern für das Schuljahr 2023/2024 einzuführen. Auf eine gesonderte Betrachtung der anspruchsberechtigten Schüler*innen mit einem derzeitigen Schulwegmonatsticket unterhalb von 49 € (derzeit erhalten 449 von 1.646 Schüler*innen) soll verzichtet werden.
2. Allen nicht-anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schülern soll die Möglichkeit eröffnet werden, ein Deutschlandticket im Abo zu einem Preis von 29 € mtl. für das Schuljahr 2023/2024 zu beziehen. Für diese Vorgehensweise trifft die Stadt Lüdenscheid eine vertragliche Vereinbarung mit der Märkischen Verkehrsgesellschaft und verpflichtet sich zur Abführung der eingesparten Mittel in einen Fond zum Ausgleich des Differenzbetrags.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Ratsfrau Kasperek ist bei der Abstimmung abwesend.

**23. Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage "Zum Weißen Pferd"
Vorlage: 071/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei zwei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE. folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage „Zum Weißen Pferd“ wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 2

**24. Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Festsetzung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich (Elternbeitragssatzung OGS)
Vorlage: 092/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachfolgenden

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Festsetzung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich (Elternbeitragssatzung OGS) vom 15.06.2021 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**25. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Musikschule der Stadt Lüdenscheid vom 14.12.2021
Vorlage: 048/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei zwei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE. nachfolgenden

Beschluss:

Der Schulausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen, der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren der Musikschule der Stadt Lüdenscheid vom 14.12.2021 entsprechend dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 2

**26. Änderung der Ausschussgröße des Bau- und Verkehrsausschusses;
hier: Block II - beratende Mitglieder für Verkehrsregelungs- und
Verkehrlenkungsangelegenheiten
Vorlage: 120/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Folgende Besetzung bei Block II des Bau- und Verkehrsausschusses wird beschlossen:

Bau- und Verkehrsausschuss	
Block II	3 beratende Mitglieder für Verkehrsregelungs- und Verkehrlenkungsangelegenheiten

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

**27. Neu-/Umbesetzung von Ausschüssen;
hier: Bau- und Verkehrsausschuss
Vorlage: 121/2023**

**27.1. Neu-/Umbesetzung von Ausschüssen;
hier: Bau- und Verkehrsausschuss/1. Ergänzung
Vorlage: 121/2023/1**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid wählt

in den Bau- und Verkehrsausschuss:

1. Herrn Frank Theis als beratendes Mitglied für Verkehrsregelungs- und Verkehrslenkungsangelegenheiten.
2. Herrn Bernd Henrichs als stellvertretendes beratendes Mitglied für Verkehrsregelungs- und Verkehrslenkungsangelegenheiten.
3. Herrn Jens Kaminski als stellvertretendes beratendes Mitglied für Verkehrsregelungs- und Verkehrslenkungsangelegenheiten anstelle von Herrn Klaus-Peter Mattke.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

**28. Umbesetzung von Ausschüssen;
hier: Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 116/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag des Caritasverbandes für das Kreisdekanat Altena-Lüdenscheid e.V. wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid

in den Jugendhilfeausschuss:

Frau Christina Schwenck als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied anstelle von Frau Sabine Röhrbein.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

**29. Umbesetzung von Ausschüssen;
hier: Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und
Verwaltungsmodernisierung
Vorlage: 128/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid
in den Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung
Herrn Sören Miossec als ordentliches Mitglied anstelle von Ratsfrau Julia Decker.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

**30. Allgemeine Vertretungslisten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 127/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Hinsichtlich der Vertretung von ordentlichen Ausschussmitgliedern in Ausschusssitzungen ist vorgesehen, dass alle in der nachstehenden Vertretungsliste aufgeführten Personen, die nicht zu ordentlichen Ausschussmitgliedern gewählt wurden, **in der genannten Reihenfolge** als stellvertretende Ausschussmitglieder tätig werden können, und zwar ausschließlich für ein verhindertes ordentliches Ausschussmitglied.

Allgemeine Vertretungslisten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Ilona Bartocha
Ratsfrau Julia Decker
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttenbreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider

Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider

Interessenvertretung für Menschen mit Behinderungen

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appel
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider

Kulturausschuss

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider

Rechnungsprüfungsausschuss

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker

Schulausschuss

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider

Sportausschuss

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker

Stadtplanungsausschuss

Ratsherr Andreas Stach
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch

Werksausschuss STL

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

31. Zustimmung zur Ausschreibung eines Miet- und Wartungsvertrages für Kopiergeräte Schulen Vorlage: 122/2023

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt, der Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zur Vergabe eines Miet- und Wartungsvertrages für Kopiergeräte an den Schulen zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**32. Durchführung von Vergabeverfahren der ZGW mit einem Auftragswert über 100.000 €
Vorlage: 123/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Veröffentlichung der in der Vorlage genannten Vergabeverfahren wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**33. Bewilligung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln Haushaltsjahr 2023
hier: Klimatisierung 6. OG Rathaus
Vorlage: 085/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Bei Auftragssachkonto L 01100604 – 7851000 – Klimatisierung 6. OG Rathaus – werden Haushaltsmittel in Höhe von 30.200 € überplanmäßig bewilligt. Die Deckung der Mehrauszahlungen kann durch Minderauszahlungen bei folgenden Auftragssachkonten erfolgen:

O 01100601 – 7851000 – Investition an Gebäuden in Höhe von 11.000 €

O 01100702 – 7831000 – Investition an Schulen/Erwerb VG über 800 € in Höhe von 12.500 €

O 01100702 – 7851000 – Investition an Schulen/Hochbau in Höhe von 6.700 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**34. Bewilligung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2023
hier: Ausbau Warnsysteme
Vorlage: 112/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Bei Auftragssachkonto I 02010101 – 7852000 – Ausbau Warnsysteme werden überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 36.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei Auftragssachkonto K 12010406 – 7852000 – An der Mehr – in Höhe von 36.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

35. Bewilligung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2023
hier: Digitalisierung in Schulen
Vorlage: 124/2023

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Es werden folgende überplanmäßige Mittel bewilligt:

1. Auftragskonto M 03020304 – 7851000 – Zeppelin-Gymnasium
248.391,21 €
2. Auftragskonto M 03020305 – 7851000 – Geschwister-Scholl-Gymnasium
85.000,00 €
3. Auftragskonto M 03020306 – 7851000 – Adolf-Reichwein-Gesamtschule
85.000,00 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei Auftragskonto M 03020303 – 7851000 – Richard-Schirrmann-Realschule in Höhe von 418.391,21 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

36. Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Haushaltsjahre 2022 und 2023
Vorlage: 114/2023

Die in dieser Beschlussvorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Haushaltsjahre 2022 und 2023 und der Vermerk des Stadtkämmerers über die Überprüfung der Notwendigkeit sowie der Deckungsvorschläge bei den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Rahmen der Flüchtlingskrise und der Sperrung der Rahmedetalbrücke im Haushaltsjahr 2022 werden zur Kenntnis genommen.

37. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

37.1. Bekanntgaben

37.1.1. Information zur haushaltswirtschaftlichen Lage

Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus berichtet zur aktuellen haushaltswirtschaftlichen Lage.

Der Bericht über die Ausführung des Haushaltes 2023 (Stand März 2023 ergänzt um wesentliche Veränderungen in den Monaten April bis Mai) wurde vor der Sitzung in das Ratsinformationssystem eingestellt.

37.1.2. Förderantrag zum Programm "Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren"

Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus gibt folgendes bekannt:

Mitte Mai sei eine Mitteilung über die Bezirksregierung Arnsberg zum offiziellen Förderaufruf des Landes NRW zum Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren“ eingegangen. Die Einreichung des Förderantrags hätte spätestens in der 24. Kalenderwoche erfolgen müssen. Die Verwaltung hätte den Antrag in der letzten Woche auf den Weg gebracht.

Die Stadt hätte zu diesem Programm für drei Förderbausteine einen Antrag gestellt:

- für den Verfügungsfonds Anmietung
- für das Unterstützungspaket Einzelhandelsgroßimmobilien
- für die Schaffung von Innenstadtqualitäten

Zum Verfügungsfonds Anmietung:

Dieser Förderbaustein entspräche in etwa dem bereits bekannten Anmietungsprojekt aus dem Förderprogramm „Sofortprogramm Innenstadt“. Mit dem jetzt neuen Antrag solle einem zunehmenden Leerstand in der Haupteinkaufszone weiter entgegengewirkt werden. Die Stadt könne dabei auf die Erfahrungen, Netzwerke, und Strukturen des Vorgängermodells „Sofortprogramm Innenstadt“ anknüpfen.

Mithilfe des Vorgängerprogramms seien seit Ende 2020 insgesamt neun Leerstände mit neuen, teilweise innovativen Nutzungen gefüllt worden, die in der Form ohne diese Förderung sicher nicht zu erwarten gewesen wären. Insofern könne das bisherige Programm als Erfolg gewertet werden. Das bisherige Programm liefere allerdings Ende 2023 aus.

Das neue Förderprogramm knüpfe dort an. Mit dem neuen Programm strebe die Verwaltung an, 7 - 8 neue Ladenlokale zu füllen und 3 Umbaumaßnahmen zu fördern.

Immobilien, die bereits im ersten Programm gefördert worden seien, könnten allerdings nicht erneut gefördert werden. Und: im bisherigen Programm hätte die Förderquote bei 90% gelegen. Im neuen Programm läge sie noch bei 80%.

Zum Unterstützungspaket Einzelhandelsgroßimmobilien:

Mit diesem Förderbaustein würde das Land die Städte in NRW bei leerstehenden und von potentiell leerstehenden Einzelhandelsgroßimmobilien unterstützen, um dort ggf. einen Zwischenerwerb dieser Gebäude zu tätigen. Als Einzelhandelsgroßimmobilien würden dabei vorwiegend durch den Einzelhandel genutzte Gebäude, die in ihrer Maßstäblichkeit das Bild einer Innenstadt oder eines Ortszentrums in besonderer Weise prägen würden, gelten.

Die Stadt hätte für diesen Förderbaustein mit Blick auf den langen Leerstand des Forums und die bislang fehlenden Nachnutzungsperspektiven einen Antrag für Zwischenerwerbskosten sowie Betriebs- und Verkehrssicherungskosten und externe Dienstleistungen gestellt, die jeweils pauschal gefördert würden. Förderfähig seien dabei die Kosten für einen Zeitraum von drei Jahren. Der eigentliche Kaufpreis der Immobilie würde allerdings nicht gefördert.

Zum dritten Baustein Schaffung von Innenstadtqualitäten:

Gemeinsam mit der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH wolle die Stadt Lüdenscheid das Projekt des „LichtKunstkalenders“ fortführen. In den Jahren, in denen keine Lichttrouten stattfinden würden, solle der Kalender in der Vorweihnachtszeit die „lichttroutenfreie“ Zeit

verkürzen: Die Erlöserkirche im Herzen der Altstadt würde als künstlerische Projektionsfläche genutzt.

Bereits in den vergangenen Jahren hätten verschiedene Fördertöpfe für die Umsetzung des Lichtkunstkalenders genutzt werden können. In 2023 sei aufgrund der Sanierungsarbeiten an der Erlöserkirche kein LichtKunstkalender geplant. Mithilfe der aktuell beantragten Innenstadtförderung und mithilfe der Unterstützung der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH wäre die Umsetzung in 2024 wieder möglich. Ein Künstlerkollektiv könne dann wieder an jedem Dezemberabend eine neue Licht-Projektion für die Erlöserkirche schaffen.

Fazit:

Insgesamt seien für alle drei Bausteine förderfähige Gesamtkosten von rd. 1,3 Mio. € ermittelt worden. Bei einer Förderquote von 80% erhalte die Stadt eine Förderung von rd. 1,0 Mio. € und hätte einen Eigenanteil von rd. 260.000 € zu stemmen, der sich voraussichtlich auf drei Jahre verteilen würde.

Zur Einordnung des Gesamtprogramms und den Erfolgsaussichten:

Das letzte Sofortprogramm Innenstadt hätte ein Volumen von 100 Mio. € gehabt. Das jetzige Förderprogramm habe landesweit ein Volumen von 35 Mio. €. Davon seien 5 Mio. € vorab prioritär für Kommunen vorgesehen, die von Filialschließungen großer Handelsunternehmen betroffen sein könnten. Das hieße: Es verblieben dann noch etwa 30 Mio. € landesweit, die zu verteilen seien. Ob die Stadt zum Zuge käme, würde sich in den kommenden Wochen zeigen.

37.1.3. Akteneinsicht

Bürgermeister Wagemeyer gibt bekannt, dass bei der Verwaltung ein Antrag der SPD-Fraktion auf Akteneinsicht gemäß Paragraph 55 Absatz 4 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit den Vorgängen Fachbereichsleitung 3, die im Prüfbericht des Jahresabschlusses 2021 der Örtlichen Rechnungsprüfung aufgeführt seien, eingegangen sei.

Der Akteneinsicht würde entsprechend nachgekommen.

Aufgrund der vorgegebenen Fristen würde die Akteneinsicht noch in dieser Woche erfolgen. Abschließend weist er darauf hin, dass es allen Fraktionen freistehen würde, entsprechende Akteneinsicht einzufordern.

37.1.4. Juryentscheidung Pilotprojekte Ganztage und Raum

Fachbereichsleiter Reuver gibt bekannt, dass mit dem Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter ab 2026 ein Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz bestehen würde.

Bundesweit müssten hierfür rund 800.000 Plätze geschaffen werden.

Die Montag-Stiftung hätte zur Teilnahme an einem Modellprojekt aufgerufen. Die Stadt Lüdenscheid hätte sich mit der Grundschule Tinsberg beworben und sei vor einigen Tagen neben den Städten Bremen, Jork und Mühlheim/Ruhr für das Pilotprojekt „Ganztage und Raum“ der Montag-Stiftung Jugend und Gesellschaft ausgewählt worden.

Die Auswahl der vier Pilotstandorte sei von einer hochkarätig besetzten Jury in einem zweistufigen Auswahlprozess getroffen worden.

37.2. Beantwortung von Anfragen

37.2.1. Beantwortung der gemeinsamen schriftlichen Anfrage der Fraktion DIE

LINKE. und des Ratsherrn Bartsch in der öffentlichen Sitzung des Rates am 24.04.2023; "Stadtwerke-Bürger-Windkraftanlage Lüdenscheid"

Die Beantwortung ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

37.3. Anfragen

**37.3.1. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 13.05.2023 sowie deren Beantwortung;
Öffentliche E-Bike Ladestation am Rathaus**

Die Anfrage sowie deren Beantwortung ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

**37.3.2. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 22.05.2023 sowie deren Beantwortung;
Armutquote in Lüdenscheid – eigene Abschätzungen**

Die Anfrage sowie deren Beantwortung ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

**37.3.3. Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.06.2023 sowie deren Beantwortung;
KulturPass in Lüdenscheid**

Die Anfrage sowie deren Beantwortung ist der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

**37.3.4. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 13.06.2023 sowie deren Beantwortung;
Ergebnis der Aufsichtsratssitzung der Lüdenscheider Wohnstätten AG am 25.05.2023 mit dem Schwerpunkt des Bauvorhabens „Am Grünwald“**

Die Anfrage sowie deren Beantwortung ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

**37.3.5. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 14.06.2023 sowie deren Beantwortung ;
Abgesagte Sitzung des RPA am 21.06.2023/Bericht des RPA**

Die Anfrage sowie deren Beantwortung ist der Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.

37.3.6. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Ersching; Stadtradeln/Meldeplattform RADar!

Ratsherr Ersching bezieht sich auf die Meldeplattform RADar! (Stadtradeln-App) bei der Radelnde unter anderem die Möglichkeit haben, auf gefährliche Stellen im Radwegeverlauf hinzuweisen.

Bei den Negativmeldungen seien einige mit „in Bearbeitung“ gekennzeichnet, die restlichen Meldungen stünden noch auf „Rot“. Keine dieser Meldungen sei auf „Grün“ bzw. auf abgeschlossen gesetzt. Einige der gemeldeten Stellen seien für Radfahrende gefährlich. Zum Beispiel sei in Höhe der Haltestelle Kulturhaus am Sauerfeld ein Wasserablauf sehr tief abgesackt.

Er frage daher an, wie schnell solche Schäden behoben werden könnten und ob die gemeldeten Mängel nach Priorität behandelt würden.

37.3.7. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Ersching; Radweg Heedfelder Straße

Ratsherr Ersching teilt mit, dass Radfahrende den gekennzeichneten Radweg auf der Heedfelder Straße stadtauswärts verlassen und sich in den fließenden Verkehr einordnen müssten, da parkende Autos in Höhe der Bäckerei Hesse teilweise den Radweg blockieren würden.

Er frage an, ob die Parkmöglichkeit an dieser Stelle aufgehoben werden könnte oder ob das Ordnungsamt das widerrechtliche Parken sanktionieren könnte.

Bürgermeister Wagemeyer sagt Prüfung und Beantwortung zu.

Ratsherr Holzrichter informiert, dass es sich auf der Heedfelder Straße nicht um einen Radweg, sondern um einen Radfahrerschutzstreifen handeln würde. Dieser würde aber von Straßen NRW als zuständigen Baulastträger nicht anerkannt, da die erforderliche Mindestbreite nicht eingehalten würde. Aus diesem Grund sei der Schutzstreifen auf der Heedfelder Straße in den Abschnitten von der Christuskirche bis zum Kreishaus und Hoher Steinert Richtung Autobahn Lüdenscheid-Nord bereits durch Straßen NRW entfernt worden. Die Markierung sei nur noch zwischen Kreishaus und Hoher Steinert vorhanden. Eine Thematisierung würde lediglich dazu führen, dass der restliche Radschutzstreifen bereits jetzt und nicht erst bei der nächsten Oberflächenerneuerung entfernt würde.

37.3.8. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Kahler; ehemalige Hermann-Gmeiner-Grundschule

Ratsherr Kahler fragt an, ob bei der am 14.09.2023 stattfindenden Stadtteilkonferenz der Auftakt für eine Konzeptentwicklung für die Folgenutzung der ehemaligen Hermann-Gmeiner-Schule erfolgen könnte.

Bürgermeister Wagemeyer sagt eine entsprechende Prüfung zu.

37.3.9. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Fröhling; Baugebiet an der Wiesenstraße

Ratsherr Fröhling bezieht sich auf das neue Baugebiet an der Wiesenstraße. Hier ginge es um die Beheizung der dort geplanten Gebäude.

Er frage an, ob Gespräche mit den Investoren dahingehend stattfinden würden, ob eine Beheizung über Fernwärme erfolgen könne oder - sollte diese Möglichkeit nicht bestehen - ein gemeinsam genutztes Blockkraftwerk in Frage käme.

Die Beantwortung sollte entweder in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses oder des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz erfolgen. Ausschlaggebend sei hier, welcher der beiden Ausschüsse eher tagen würde.

Bürgermeister Wagemeyer sagt Prüfung und Beantwortung zu.

37.3.10. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Filippek; Radverkehrsplan

Ratsherr Filippek bezieht sich auf den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.06.2021 hinsichtlich der Verstärkung des städtischen Engagements im Bereich der Radverkehrsplanung aufgrund der Anregungen von Herrn Riedel.

Eine Umsetzung des Beschlusses sei aufgrund der zwei nicht besetzten Stellen im Fachdienst Verkehrsplanung und Verkehrlenkung bisher nicht erfolgt.

Er frage an, ob die Stellen zwischenzeitlich besetzt seien oder zumindest entsprechende Bewerbungen vorliegen würden.

Bürgermeister Wagemeyer antwortet, dass beide Stellen nach wie vor nicht besetzt seien und auch keine Bewerbungen vorliegen würden.

37.3.11. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Filippek; Schließung des Biergartens auf dem Rathausplatz

Ratsherr Filippek bezieht sich auf den geschlossenen Biergarten auf dem Rathausplatz.

Er fragt an, ob es Perspektiven für eine Fortführung des Biergartens geben würde. Falls dies nicht der Fall sei, ob ein Rückbau der Servicestation auf dem Rathausplatz erfolgen würde.

Bürgermeister Wagemeyer sagt Prüfung und Beantwortung zu.

gez. Wagemeyer

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schriftführerin